



### **sachkundige Einwohner**

Herr Andreas Koch	BürgerBündnis	nicht entschuldigt
Frau Julia Laabs	DIE aNDERE	entschuldigt
Frau Kerstin Sammer	CDU	nicht entschuldigt

### **Gäste:**

Herr Thomas Brincker	Jobcenter LHP zu TOP 4
Herr Bodo Killat	Potsdamer Tafel zu TOP 7.2 und 7.3
Herr Dirk Brigmann	Volkssolidarität zu TOP 7.2 und 7.3
Frau Angela Schweers	Arbeiterwohlfahrt zu TOP 8.4
Frau Yvette Teschner	Bereich Steuern zu TOP 7.1
Herr Gregor Jekel	Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Herr Fabian Dübner	Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration zu TOP 5
Frau Uta Kitzmann	Fachbereich Soziales und Inklusion
Frau Bettina Hildebrandt	Bereich Inklusion und Hilfe zur Pflege zu TOP 6
Herr Conrad Kulawick	Bereich Inklusion und Hilfe zur Pflege zu TOP 6
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
29.03.2022
- 3 Berichte der Beiräte und der Steuerungsgruppe Inklusion
- 4 Bericht über die Arbeit des Jobcenters der Landeshauptstadt Potsdam  
(Rückblick - Ausblick)
- 5 Bericht über die Arbeit des Bereiches Arbeit und Integration der  
Landeshauptstadt Potsdam (Rückblick - Ausblick)
- 6 Poolen von Assistenz in Schulen nach dem SGB IX und VIII
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Befreiung von der Zahlung der Hundesteuer  
Vorlage: 22/SVV/0311  
Fraktion DIE LINKE
- 7.2 Gemeinsamer Standort für die Potsdamer Tafel und Suppenküche  
Vorlage: 22/SVV/0361  
Fraktion SPD
- 7.3 Stellenschaffung für eine gemeinsame sozialpädagogische Fachkraft für  
Potsdamer Tafel und Suppenküche  
Vorlage: 22/SVV/0363  
Fraktionen SPD
- 7.4 Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in ganz  
Potsdam  
Vorlage: 22/SVV/0367  
Fraktionen SPD, DIE LINKE

- 7.5 Sitzungskalender 2023  
Vorlage: 22/SVV/0370  
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Strategische Projekte für die Planung DHH 2023/24  
Vorlage: 22/SVV/0352  
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement und Strategische Steuerung
- 8.2 Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen in den städtischen Betrieben  
Vorlage: 22/SVV/0349  
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 8.3 Kommunaler sozialer Wohnungsbau an der Döberitzer Straße in Fahrland  
Vorlage: 22/SVV/0310  
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
- 8.4 Bericht zur amtlichen Wohnungslosenstatistik
- 8.5 Bericht zum Zweckentfremdungsverbot
- 8.6 Bericht zur Wohnungsmarktbeobachtung
- 8.7 Sachstandsinformation zum Armutsbericht
- 8.8 Richtlinie zur Förderung Projekten freier Träger
- 9 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Uwe Adler.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 29.03.2022**

Herr Adler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Anschließend stellt Herr Adler stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 29.03.2022 zur Abstimmung. Die Niederschrift wird mit 6 Zustimmungen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich **bestätigt**.

Herr Adler bittet um Abstimmung über die Tagesordnung. Er informiert, dass die Mitteilungsvorlage 22/SVV/349 „Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen in den städtischen Betrieben“ (TOP 8.2) auf Wunsch von Frau Dr. Denninger zurückgestellt werden soll. Ebenfalls zurückgestellt wird die Drucksache

22/SVV/0367 „Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in ganz Potsdam“ (TOP 7.4). Des Weiteren schlägt Herr Adler vor, den TOP 8.4 in der Reihenfolge der Beratung vorzuziehen und nach TOP 3 zu behandeln.

Herr Eichert schlägt vor, die Vorlagen 22/SVV/0361 „Gemeinsamer Standort für die Potsdamer Tafel und Suppenküche“ (TOP 7.2) und 22/SVV/0363 „Stellenschaffung für eine gemeinsame sozialpädagogische Fachkraft für Potsdamer Tafel und Suppenküche“ (TOP 7.3) heute in erster Lesung zu behandeln, um sich dazu nochmal in den Fraktionen verständigen zu können. Des Weiteren bittet Herr Eichert, dass zukünftig Berichte mindestens 2 Tage vor der Sitzung ausgereicht werden, um sich auf die Sitzungen vorbereiten zu können.

Frau Meier macht deutlich, dass dies nicht bei allen Berichten zu realisieren ist. Sie sagt zu, dies so zu handhaben, wo es möglich ist.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit 8 Zustimmungen einstimmig **bestätigt**.

Herr Adler bittet um Abstimmung über die Erteilung der Rederechte für Frau Schweers zum TOP 8.4 sowie für Herrn Briggmann und Herrn Killat zu den Tagesordnungspunkten 7.2 und 7.3.

Der Erteilung der Rederechte wird mit 8 Zustimmungen einstimmig **zugestimmt**.

### **zu 3      Berichte der Beiräte und der Steuerungsgruppe Inklusion**

Herr Adler bittet darum, dass die Beiräte zukünftig ihre Berichte spätestens einen Tag vor der Sitzung schriftlich vorlegen.

Der Bericht des Migrantenbeirates liegt schriftlich vor und wird zur Kenntnis genommen.

Herr Mundt berichtet, dass der Seniorenbeirat derzeit intensiv an der Vorbereitung der Seniorenwoche arbeitet, die vom 10. bis 27. Juni 2022 stattfindet. Deshalb erfolgt kein gesonderter Bericht. Das Programm zur Seniorenwoche wurde als Tischvorlage ausgereicht.

### **zu 4      Bericht über die Arbeit des Jobcenters der Landeshauptstadt Potsdam (Rückblick - Ausblick)**

Herr Brincker gibt anhand der als Anlage beigefügten Präsentation einen Überblick über die Arbeit des Jobcenters.

Herr Brincker beantwortet Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Frau Meier bedankt sich für die Unterstützung der 8 Kolleginnen und Kollegen aus dem Jobcenter bei der Abarbeitung der Anträge der Ukraine-Geflüchteten. Dabei macht sie deutlich, dass die größte Herausforderung ist, dass bei einem späteren Übergang der Ukraine-Geflüchteten in das SGB II, die Leute nicht in Arbeit gebracht werden können. Die Überführung soll möglichst schnell erfolgen, ist aber in Berlin und Brandenburg eine Herausforderung, da wesentlich mehr Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen wurden als laut Königsteiner Schlüssel aufgenommen werden müssen.

**zu 5 Bericht über die Arbeit des Bereiches Arbeit und Integration der Landeshauptstadt Potsdam (Rückblick - Ausblick)**

Herr Dübner gibt anhand der als Anlage beigefügten Präsentation einen Überblick über die Arbeit des Bereichs Arbeit und Beschäftigung.

Herr Dübner beantwortet Nachfragen der Ausschussmitglieder.

**zu 6 Poolen von Assistenz in Schulen nach dem SGB IX und VIII**

Herr Kulawick stellt anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die Poollösung für Assistenzen in Schulen vor und gibt Erläuterungen.

Herr Kulawick beantwortet Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Von Seiten der Ausschussmitglieder wird um weitere Informationen gebeten. Es wird verabredet, dass die Ausschussmitglieder ihre Fragen schriftlich an Frau Spyra schicken, die dann die Koordinierung übernimmt.

**zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 7.1 Befreiung von der Zahlung der Hundesteuer**

**Vorlage: 22/SVV/0311**

Fraktion DIE LINKE

Frau Schulze bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Teschner erklärt, dass die Hundesteuer eine Aufwandssteuer ist. Diese dient der Erzielung von Einnahmen. Des Weiteren verweist sie auf den § 4 der bestehenden Satzung, der bereits Befreiungstatbestände enthält. Auch der Gleichheitsgrundsatz ist einzuhalten. Frau Teschner weist auch darauf hin, dass eine monatliche Zahlung der Hundesteuer möglich ist.

Frau Schulze bittet um Ausreichung der von Frau Teschner vorgetragenen Argumente über Frau Spyra, um dies am kommenden Montag in der Fraktion beraten zu können. Sie stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**: Zurückstellung des Antrages.

Herr Adler stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 6 Zustimmungen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich **angenommen**.

Somit wird die Drucksache zurückgestellt.

**zu 7.2 Gemeinsamer Standort für die Potsdamer Tafel und Suppenküche**

**Vorlage: 22/SVV/0361**

Fraktion SPD

Herr Adler bringt die Anträge 22/SVV/0361 und 22/SVV/0363 ein und begründet diese. Da beide Anträge inhaltlich zusammenpassen, erfolgt die gemeinsame Beratung dazu.

Herr Brigmann (Geschäftsführer Volkssolidarität) erklärt, dass mit der Pandemie erhebliche Einschränkungen für die Suppenküche entstanden sind. Dabei wurde festgestellt, dass die Räume für diese Situation zu eng sind. Er berichtet, dass es seit 2020 eine noch engere Kooperation mit der Potsdamer Tafel gibt und macht deutlich, dass die Lebensmittel, die die Tafel bekommt und nicht ausreichen kann, in der Suppenküche verkocht werden können.

Auch zu der Idee des Sozialarbeiters ist es 2020 gekommen, da festgestellt wurde, dass mit den vorhandenen Angeboten nicht alle erreicht werden können, die bedürftig sind. Es gibt viele Familien mit Kindern, die Beratungsbedarf haben.

Herr Killat (Leiter der Ausgabestelle der Tafel Potsdam) ergänzt, dass vor dem Ukraine-Krieg pro Woche ca. 1.200 Kunden mit Lebensmitteln versorgt wurden Aktuell werden ca. 1.700 Kunden mit Lebensmitteln versorgt. Dass bedeutet, dass auch die Schlangen an der Ausgabestelle in der Drewitzer Straße sehr lang sind. Es wird mehr Platz für die Ausgabe benötigt. Eine Zusammenführung von Suppenküche und Tafel wird durch ihn als unumgänglich angesehen. Durch einen Sozialarbeiter vor Ort würde es ein niederschwelliges Angebot für die Kunden geben.

Frau Meier vermutet, dass viele Tafel-Kunden Anspruch auf Grundsicherung im Alter oder auf Hilfe zur Pflege haben. Auch bei den Familien gibt es viele, denen nicht bekannt ist, welche Leistungen ihnen zustehen. Hier ist eine niederschwellige Beratung erforderlich, um die Menschen zu erreichen.

Es erfolgt eine Diskussion zu beiden Drucksachen, bei der auch Nachfragen der Ausschussmitglieder beantwortet werden.

Herr Jekel betont, dass Tafel und Suppenküche sich stark aufeinander zubewegt und ihre Zusammenarbeit verstärkt haben. Er macht deutlich, dass gemeinsam überlegt werden muss, wie die Kooperation gestärkt werden kann. In einem zweiten Schritt sollte nach einem geeigneten Standort geschaut werden. Er wirbt dafür, dass auch die Verwaltung als Kooperationspartner gesehen werden.

Frau Meier spricht sich für eine gemeinsame Beratung dazu aus. Es sollte auch eine zentrale Logistik und dezentrale Ausgabestellen dabei mit betrachtet werden.

Sie schlägt vor, eine Runde mit beiden Trägern und der Verwaltung durchzuführen und dann einen Vorschlag zu unterbreiten.

Der Termin wird in der nächsten Ausschusssitzung bekanntgeben.

Die Vorlage wird zurückgestellt bis September/Oktober 2022, aber noch vor den Haushaltsberatungen 2023/2024.

### **zu 7.3      Stellenschaffung für eine gemeinsame sozialpädagogische Fachkraft für Potsdamer Tafel und Suppenküche**

**Vorlage: 22/SVV/0363**

Fraktionen SPD

Siehe Beratung zu TOP 7.2 – DS 22/SVV/0361.

Die Vorlage wird zurückgestellt bis September/Oktober 2022, aber noch vor den Haushaltsberatungen 2023/2024.

**zu 7.4 Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in ganz Potsdam**

**Vorlage: 22/SVV/0367**

Fraktionen SPD, DIE LINKE

Die Drucksache wird zurückgestellt.

**zu 7.5 Sitzungskalender 2023**

**Vorlage: 22/SVV/0370**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Adler schlägt vor zu überlegen, ob die für den 13.06.2023 geplante Sitzung des GSWI-Ausschusses auf den 04.07.2023 geschoben werden soll, da Überweisungen aus der SVV vom 07.06.2023 aufgrund der Ladungsfrist nicht behandelt werden können, aber auch vor dem Hintergrund, dass die nächste GSWI-Sitzung erst am 19.09.2023 stattfindet.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Sitzungskalender 2023 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

**Mit folgender Änderung:**

Die für den 13.06.2023 geplante Sitzung des GSWI-Ausschusses wird auf den 04.07.2023 verschoben.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 8 Zustimmungen einstimmig angenommen.

**zu 8 Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Adler schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 8.1, 8.3, 8.5, 8.6 und 8.7 bis zur nächsten Sitzung des GSWI-Ausschusses zurückzustellen, aber trotzdem die vorgesehenen Präsentationen als Anlage zur Niederschrift auszureichen. Er stellt dies zu Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

Dem Vorschlag wird mit 6 Zustimmungen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

**zu 8.1 Strategische Projekte für die Planung DHH 2023/24**

**Vorlage: 22/SVV/0352**

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement und Strategische Steuerung

Die Mitteilungsvorlage wird zurückgestellt und anhand der als Anlage ausgereichten Präsentation in der nächsten Sitzung des GSWI-Ausschusses thematisiert.

**zu 8.2      Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen in den städtischen Betrieben**

**Vorlage: 22/SVV/0349**

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Die Mitteilungsvorlage wird zurückgestellt.

**zu 8.3      Kommunalen sozialer Wohnungsbau an der Döberitzer Straße in Fahrland**

**Vorlage: 22/SVV/0310**

Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Die Mitteilungsvorlage wird zurückgestellt und anhand der als Anlage ausgereichten Präsentation in der nächsten Sitzung des GSWI-Ausschusses thematisiert.

**zu 8.4      Bericht zur amtlichen Wohnungslosenstatistik**

Herr Jekel stellt anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die amtliche Wohnungslosenstatistik 2022 vor und gibt Erläuterungen dazu. Anschließend stellt Frau Schweers anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die Einschätzung der AWO dar.

Frau Meier macht deutlich, dass der Anteil an Kindern in Wohnungslosigkeit sehr hoch ist. Hier muss genau hingesehen werden.

Auf Nachfrage teilt Herr Jekel mit, dass die Berichterstattung jährlich erfolgen soll. Alle Daten, die der LHP vorliegen, können als kommunaler Teil gesondert vorgestellt werden. Er betont, dass die Statistiken zu Wohnungslosigkeit, die es vorher in der LHP gab, mit der jetzt vorliegenden Statistik nicht vergleichbar sind, da diese anders aufgestellt ist.

Des Weiteren macht er deutlich, dass bei rechtzeitiger Kenntniserlangung von einer drohenden Kündigung besser geeignete Hilfen eingeleitet werden können. Dies trifft auch für die Energieversorger zu. Im Arbeitskreis „Wohnungslos“ wird ständig beraten, wie Abhilfe rechtzeitig geschaffen werden können und die Angebote besser angenommen werden.

Frau Schweers ergänzt, dass zu einem Amt zu gehen, immer ein hochschwelliges Angebot ist. Diese Angebote müssen niederschwelliger sein. Hier muss überlegt werden, wie dies anders aufgestellt werden kann.

Im Rahmen der Diskussion wird deutlich, dass das Thema in einer anderen Sitzung oder einem anderen Format intensiver beraten werden sollte. Auch die Sensibilisierung der Gesellschaft und der Wohnungsbauunternehmen wird als sinnvoll erachtet.

**zu 8.5      Bericht zum Zweckentfremdungsverbot**

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt und anhand der als Anlage ausgereichten Präsentation in der nächsten Sitzung des GSWI-Ausschusses thematisiert.



**zu 8.6 Bericht zur Wohnungsmarktbeobachtung**

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt und anhand der als Anlage ausgereichten Präsentation in der nächsten Sitzung des GSWI-Ausschusses thematisiert.

**zu 8.7 Sachstandsinformation zum Armutsbericht**

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt und anhand der als Anlage ausgereichten Stellungnahme in der nächsten Sitzung des GSWI-Ausschusses thematisiert.

**zu 8.8 Richtlinie zur Förderung Projekten freier Träger**

Frau Meier erinnert daran, dass mit Beschluss 22/SVV/0131 eine Überarbeitung der Richtlinie zur Förderung sozial- und gesundheitsfürsorgerischer Angebote festgelegt wurde.

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 11.05.2022 beschlossen, aus der Richtlinie zur Förderung Sozial- und gesundheitsfürsorgerischer Angebote mit Stand 2019 die in Punkt 1.2.1 festgelegte Förderhöchstdauer von 3 Jahren zu streichen. Damit wird verhindert, dass 10 der 20 in 2022 geförderte Projekt ihre Förderfähigkeit für 2023 verlieren, sofern diese nicht in eine „institutionelle Förderung“ überführt werden.

Nach der Sommerpause 2022 wird die mit dem Entscheidungsgremium abgestimmte überarbeitete Richtlinie zur Beschlussfassung in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Anfang 2023 sollen die Träger in einer Informationsveranstaltung über die Inhalte und Neuerungen der Richtlinie informiert werden. Die überarbeitete Richtlinie zur Förderung gesundheits- und sozialfürsorgerischer Angebote soll zum 01.01.2024 in Kraft treten.

**zu 9 Sonstiges**

**Nächste Sitzung des GSWI-Ausschusses: 14. Juni 2022, 18:00 Uhr**

**Uwe Adler**  
Ausschussvorsitzender

**Martina Spyra**  
Schriftführerin